

Alexander Bruce Burdumy, Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989, Klartext Verlag, Essen 2013, 365 S., kart., 29,95 €.

Die Repressionspolitik und die sozialpolitischen Maßnahmen des SED-Regimes sind in der Geschichtsschreibung zur DDR bislang weitestgehend getrennt voneinander behandelt worden. Demgegenüber beabsichtigt Alexander Burdumy in seiner Studie zu untersuchen, „welchen Effekt die sozialpolitischen Maßnahmen auf die Stabilität der DDR hatten, welche Formen der Zustimmung sie unter der Bevölkerung hervorrufen konnten und in welcher Weise sie die Repression von oppositionellen Bewegungen in der DDR beeinflussten und veränderten“ (S. 9). Ausgehend von einem Überblick über die – bereits von Sigrid Meuschel 1992 herausgearbeiteten – zentralen Funktionen der Sozialpolitik für die Herrschaftslegitimation in der „Fürsorgediktatur“ (Konrad Jarausch) Erich Honeckers von 1971 bis 1989, konturiert Burdumy in seinem Buch (eine überarbeitete Fassung seiner Dissertation) wichtige sozialpolitische Maßnahmen zur Unterstützung von Familien und Rentnern. Auch die Gesundheitspolitik und der Wohnungsbau werden einbezogen. Allerdings begründet der Verfasser die Konzentration der Studie auf Ostberlin (im Buch missverständlich nahezu durchweg mit „Bezirk Berlin“ bezeichnet) nicht detailliert und einleuchtend.

Die Sozialpolitik der SED-Führung unter Honecker konnte den hochgesteckten Erwartungen zunehmend nicht mehr gerecht werden. Vor allem in den 1980er Jahren stand den rapide steigenden Kosten eine abnehmende Effizienz gegenüber, die sich nicht nur aus dem Rückgang der wirtschaftlichen Leistungskraft, sondern auch aus Überschneidungen zwischen den verschiedenen Versorgungssystemen, der wachsenden Korruption und den daraus resultierenden Disproportionen ergab. Vor allem wurde die zentralisierte Verteilung dem Bedarf nicht gerecht. So waren viele Wohnungen in Ostberlin über- oder unterbelegt. Da Altbauten zunehmend verfielen, konnte in Ostberlin seit 1984 auch kein Nettozuwachs an Wohnungen mehr erzielt werden. Dennoch weckte die privilegierte sozialpolitische Versorgung der „Hauptstadt der DDR“ in anderen Regionen Neid. Zudem dementierten Sonderleistungen für Eliten und politisch loyale Bevölkerungsgruppen die Egalitätsdoktrin der Machthaber. Damit bildeten sich neue Konflikte heraus, die dem herrschaftspolitischen Ideal des Konsenses in der „homogenisierten Gesellschaft“ (Sigrid Meuschel) widersprachen.

Als wichtigste Aporie der SED-Sozialpolitik hebt Alexander Burdumy hervor, dass die Sozialpolitik permanent neue Ansprüche begründete, die letztlich nicht mehr erfüllt werden konnten. Wie die ausgewerteten Eingaben zeigen, steigerten schon geringfügige, von den Machhabern aber oft spektakulär inszenierte Leistungen die Erwartungen. Als der finanzielle Spielraum in den 1980er Jahren abnahm, war die SED-Führung schließlich in den eigenen Versprechungen gefangen. Angesichts des Verfalls der Altbausubstanz und der zurückgehenden Sozialleistungen wuchs in der DDR-Bevölkerung die Unzufriedenheit, besonders in benachteiligten Gruppen wie den Rentnern. Ungleichheiten lösten Proteste aus, die seit Mitte der 1980er Jahre zusehends auch öffentlich artikuliert wurden. Insgesamt nahm trotz der Loyalitätsbekenntnisse in der DDR-Bevölkerung die alltägliche Frustration zu, sodass sich eine „consentful contention“ (Jeremy Straughn) verbreitete.

Lange hatten die Ostdeutschen aber gelernt, die Mängel der Sozialpolitik durch die Versorgung mittels informeller Netzwerke und eigensinniges Verhalten auszugleichen. Damit verliehen sie der SED-Herrschaft im Alltagsleben lange „Normalität“ und damit letztlich ungewollt auch Stabilität. Jedoch überfrachtet das Konzept der „path dependence“ (zum Beispiel S. 339 und 343) diese Deutung theoretisch. Auch hätte der umstrittene Begriff der „Nischengesellschaft“ (S. 298) eine ausführliche Problematisierung verdient. Wie Alexander Burdumy aber zu Recht betont, veranlasste die wachsende Unzufriedenheit, die nicht zuletzt aus den enttäuschten sozialpolitischen Erwartungen resultierte, das SED-Regime seit den 1970er Jahren, die Unterdrückung fortwährend auszuweiten. Überall, außer in

der Strafjustiz, wurde die politische Kontrolle verschärft. An der Überwachung beteiligte sich keineswegs nur das Ministerium für Staatssicherheit (wie die heftigen Kontroversen über die Inoffiziellen Mitarbeiter seit 1990 nahegelegt haben), sondern auch der Parteiapparat mit einer Vielzahl von Funktionären. In den späten 1980er Jahren büßten diese Institutionen jedoch ihr Repressionspotenzial ein, sodass sich die angestaute Unzufriedenheit über die Kluft zwischen dem Anspruch und der Praxis der Sozialpolitik entlud. Nach Burdumys Interpretation führte vor allem dieser Zusammenhang den Zerfall der SED-Diktatur und letztlich auch das Ende der DDR herbei.

Diese Interpretation, welche die Wechselbeziehung zwischen der Repression und der Sozialpolitik akzentuiert, ist durchaus originell. Honecker hatte in den frühen 1970er Jahren gehofft, mit einer Ausweitung sozialer Leistungen die rigide Unterdrückung, die unter seinem Vorgänger Walter Ulbricht vorgeherrschte hatte, zurücknehmen zu können. Seit den späten 1970er Jahren kehrte sich das Verhältnis aber um, als die Erwartungsfalle zuschnappte und die wachsende Enttäuschung über die Sozialpolitik dem SED-Regime ein wichtiges Instrument der Herrschaftslegitimation entzog. Allerdings wird der Stellenwert dieses Zusammenhangs für den Kollaps der staatssozialistischen Diktatur nur unzureichend konturiert. Zwar behandelt Alexander Burdumy auch den wirtschaftlichen Verfall in den 1980er Jahren, und er erwähnt die Desillusionierung der schon in der DDR aufgewachsenen jungen Generation ebenso wie die Bedeutung der Bundesrepublik als Maßstab, besonders hinsichtlich des Konsums. Andere Faktoren wie der Entzug der außenpolitischen Protektion durch den neuen Generalsekretär der UdSSR, Michail Gorbatschow, werden aber auch in der abschließenden Zusammenfassung nicht erwähnt. Zudem sind einzelne Einsichten und Feststellungen – so zur Komplexität des abweichenden Verhaltens und zur grundsätzlich notwendigen Akzeptanz auch unerwarteter Forschungsbefunde (vgl. S. 340) – letztlich banal. Insgesamt aber eröffnet Alexander Burdumys Buch instruktive Einsichten in das widersprüchliche Verhältnis von Repression und Sozialpolitik. Die Studie basiert auf einer sorgfältigen Auswertung der einschlägigen Sekundärliteratur und einer umfassenden Aktenüberlieferung. Auch deshalb ist sie ein wichtiger Beitrag zur zeithistorischen DDR-Forschung.

Arnd Bauerkämper, Berlin

Zitierempfehlung:

Arnd Bauerkämper: Rezension von: Alexander Bruce Burdumy, Sozialpolitik und Repression in der DDR. Ost-Berlin 1971–1989, Klartext Verlag, Essen 2013, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 54, 2014, URL: <<http://www.fes.de/cgi-bin/afs.cgi?id=81501>> [8.10.2013].